»Lasst uns mehr Freiheit wagen.«
Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

Zur Einführung

In meinem Dresdner Arbeitszimmer hängt ein Foto. Es zeigt zwölf Erwachsene und zehn Kinder: meine Enkel und ihre Eltern. Fragen mich Besucher, warum ich fünfzehn Jahre nach dem üblichen Beginn des Rentnerlebens noch arbeite, der Hertie School of Governance in Berlin als Vorsitzender des Kuratoriums diene, Reden halte, Bücher schreibe und sonstigen Tätigkeiten nachgehe, dann deute ich auf das Foto: meiner Enkel wegen. Ich möchte nicht, daß sie eines Tages ihren Großvater in Haft nehmen für Entwicklungen, die sie unlösbaren Konflikten aussetzen, im eigenen Land und in Europa. Sie sollen keinen Grund haben, so zu fragen, wie wir nach dem Zweiten Weltkrieg unsere Väter und Großväter befragt haben, um zu erfahren, warum es ihnen und ihrer Generation nicht möglich war, Krieg, Elend und Verbrechen von unserem Land fernzuhalten.

Sie sollen wissen, warum es uns nicht gelungen ist, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem wirklichen Neubeginn, einer erfolgreichen Erneuerung unseres Denkens werden zu lassen. Warum wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwar den höchsten materiellen Lebensstandard in der Geschichte

Europas erreicht haben, aber dennoch ängstlich in die Zukunft blicken. Warum unser Land – und mit ihm fast alle Länder der westlichen Welt – so hoch verschuldet ist, als hätte es erneut Krieg geführt. Und wie es kommt, daß bereits jetzt von den Eltern der Enkel – den Angehörigen der Jahrgänge 1956 bis 1967 – und später von den Enkeln Leistungen verlangt werden, auf die sie nicht vorbereitet sind und die ihnen, wie auch meiner Generation, als völlig unzumutbar erscheinen. Warum offenbar etwas ganz grundsätzlich schiefgelaufen ist.

Mit diesem Buch möchte ich der Frage nachgehen, was denn wohl schiefgelaufen sein könnte. Warum wir als Volk so unsicher und ängstlich geworden sind, obwohl unser Lebensstandard noch nie so hoch und unsere Möglichkeiten noch nie so zahlreich waren wie heute. Warum unser Land sich ungeachtet seines Wohlstands so hoch verschuldet hat wie noch nie zuvor in Friedenszeiten und schon seit längerem neue Kredite aufnehmen muß, um die Zinsen für die alten zu bezahlen. Wie es möglich war, daß sich ein noch weit höherer Berg an Verbindlichkeiten und Anwartschaften in unseren Alterssystemen auftürmt, obwohl doch schon seit Jahren erkennbar war, daß wir die damit verbundenen Ansprüche und Erwartungen niemals würden einlösen können.

Unsere Wissenschaften und Techniken bieten uns schier unendliche Möglichkeiten, unsere Wirtschaft, unsere gemeinsame Arbeit in Unternehmen und in den Hauswirtschaften, in den kleinen Lebenskreisen oder als Unternehmer vernünftig, sinnerfüllt und nach menschlichem Maß zu gestalten. Und dennoch steigt die Arbeitslosigkeit, allen Versprechungen und Prognosen zum Trotz, hartnäckig weiter an. Wir wenden uns endlich, nach Jahren der Tabuisierung, der Ausbildung von Eliten zu, und gleichzeitig finden Hunderttausende

junger Menschen keine Lehrstelle, weil ihre Schulbildung nicht ausreicht, um den Anforderungen einer beruflichen Ausbildung zu genügen. Rund sechs Millionen Menschen müssen in unserem Land vom Staat unterhalten werden, obwohl die Schattenwirtschaft boomt und es genügend Arbeit für sie gäbe. Die Nachfrage nach ihren Leistungen aus allen Teilen des Landes und allen Schichten der Bevölkerung ist so groß, daß sie rund sechs Millionen Vollzeitarbeitsplätzen zu Schattenwirtschaftspreisen entspricht. Wie kommt es, daß in der längst zu einer Art Gewohnheitsrecht gewordenen Schattenwirtschaft reichlich Arbeit vorhanden ist und Millionen Menschen dennoch im ersten Arbeitsmarkt keine Arbeit finden? Fragen über Fragen, auf die wir keine wirklich befriedigenden Antworten finden.

Das Leben nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ist voller Ungereimtheiten, Widersprüche und Widersinnigkeiten. Die meisten von uns zahlen hohe Beiträge in die Rentenversicherung. Gleichzeitig müssen sie erfahren, daß die Rentenversprechen, auf die sie vertrauen, nicht eingehalten werden können. Wir werden von den gesetzlichen Krankenversicherungen inzwischen zweifach, durch Beiträge und Zuzahlungen, in Anspruch genommen. Aber wir haben keinerlei Mitspracherecht bei der Gestaltung der Versicherung und ihrer Kosten. Wir können uns an die Lobpreisungen für die neue Pflegeversicherung erinnern. Heute müssen wir hören, daß sie kurz vor der Pleite steht und den Belastungen der Zukunft nicht gewachsen sein wird.

Wir sind freie Bürger in einem freien Land und werden gleichwohl in entscheidenden Bereichen unserer Lebensgestaltung wie Unwissende behandelt – wie Menschen, denen man die Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten nicht über-

lassen kann, weil sie dazu angeblich nicht in der Lage sind. Die Systeme und Strukturen, in denen wir verhaftet sind, geben uns nicht einmal Gelegenheit, das Gegenteil zu beweisen.

Wenn wir mit offenen Augen durch unser Land gehen, begegnen wir ständig neuen Widersprüchen. Wo liegen die Ursachen dieser paradoxen Situation? Sie beansprucht viel von unserer Kraft, die wir lieber für Produktiveres einsetzen würden: für unsere Arbeit, für die Entfaltung unserer Möglichkeiten und unserer Kreativität, die jeder in seinem Maß besitzt. Wo ist etwas ganz grundsätzlich schiefgegangen? Was stimmt nicht an der Ordnung, in der wir leben, daß sich Widersprüche in einem derartigen Ausmaß entwickeln können? Widersprüche, welche die Bürger nicht auflösen können. Vielmehr ignorieren sie, wie im Fall der Schattenwirtschaft, die sich widersprechenden Gesetze und Regeln. Haben wir die Verhältnisse in unserem Land richtig geordnet?

Diese Frage beschäftigt mich seit einem halben Jahrhundert. Vor fünfzig Jahren habe ich zum ersten Mal darüber geschrieben. Damals diskutierten wir die Frage, ob sich Unternehmen zusammenschließen dürfen, um in ihrem Markt den Wettbewerb und damit die Freiheit der Kunden zu beseitigen. Ob es zulässig sein kann, daß private Unternehmen die Freiheit der Verfassung für sich in Anspruch nehmen, um die Freiheit auf ihren Märkten zu beschränken.

Später ging es mir um die Freiheit in der Ordnung der Arbeit, um Tarifautonomie, Mitbestimmung, Betriebsverfassung, den Schutz der Arbeitnehmer vor der Überlegenheit der Arbeitgeber, aber auch um die Chancen der Freiheit, die dem einzelnen in diesem umfassenden Schutzgehäuse noch verbleiben. Seit Mitte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts beschäftige ich mich in meiner wissenschaftlichen und poli-

tischen Arbeit mit der Freiheit des Bürgers in der sozialen Ordnung des Landes, konkreter im Sozialstaat. Durch die Systeme der sozialen Sicherheit werden wir »Bürger« dieses »Staates« – eines Staates im Staate gewissermaßen. Aber es besteht keine Klarheit darüber, welche Rechte mit dieser Art Bürgertum verbunden sind. Erschöpft sich die Rolle des Bürgers in der eines Leistungsempfängers?

Durch die Beschäftigung mit der Wirtschaft, der Welt der Arbeit und den Sozialsystemen habe ich gelernt, daß alle drei Bereiche Teile der Ordnung unserer Wirtschafts- und Sozialverfassung sind. Wenn in ihrem praktischen Wirken etwas schiefgeht, dann sind die Ursachen vor allem in dieser Ordnung und ihrer Handhabung zu suchen. Von der Ordnung des Ganzen und ihren Teilordnungen wird deshalb die Rede sein.

Denn eines ist sicher: Unsere Zukunft und die der Enkel werden wir weder mit Ängstlichkeit noch mit Unentschlossenheit und Resignation gestalten können. Wenn diese Haltungen das politische und gesellschaftliche Klima unseres Landes bestimmen, werden es die Besitzstände und Vormünder mit den Deutschen nicht schwer haben. Denn diese werden sich in der vormundschaftlichen Scheinsicherheit einrichten. Sie werden, wie viele schon heute, den Staat und die gesellschaftlichen Kräfte für ihre Probleme und Enttäuschungen verantwortlich machen. Ihre Freiheit werden sie in ihren kleinen Lebenskreisen und in der Reisefreiheit suchen. Bis sie eines Tages feststellen werden, daß sie ihre Freiheit an ihre Vormünder verloren haben, weil ihnen der Mut fehlte, rechtzeitig mehr Freiheit zu wagen.

Was ist konkret gemeint, wenn wir die Ursachen für die Widrigkeiten und Widersprüche, die uns das Leben schwer machen, in der gegenwärtigen Ordnung der Wirtschaft, der

Arbeit und des Sozialen suchen? Und wie müßte die Ordnung aussehen, die der Freiheit dient und die Bürger vor all den Zumutungen vorsorglicher und vormundschaftlicher Organisationen und Strukturen schützt, wenn diese – wie früher die Kartelle – die Freiheit anderer verplanen und sich dabei auf ihre Freiheitsrechte und rechtlich geschützte Unabhängigkeit berufen?

Worum also geht es bei der Frage nach der Ordnung? Nehmen wir einmal an, Deutschland wäre nach dem Zweiten Weltkrieg nicht geteilt worden. Die Deutschen im Osten hätten die gleichen Chancen gehabt, ihren Teil Deutschlands aufzubauen, wie die Deutschen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern oder Hamburg. Was wäre dann geschehen? Alle hätten mit dem Wiederaufbau auf den verbliebenen Fundamenten begonnen. Nehmen wir als Beispiel Sachsen.

Der Freistaat war vor dem Zweiten Weltkrieg eine der wirtschaftlich und kulturell leistungsfähigsten Regionen Deutschlands. Die Sachsen hätten ihre ganze Energie darauf verwendet, diesen Status auch nach dem Krieg zu bewahren. Sie hätten ihre Automobilindustrie und ihre Textilwirtschaft mit der gleichen Entschlossenheit wiederaufgebaut wie den Dresdner Zwinger oder das Gewandhaus in Leipzig. Ihre Unternehmer, ihre Wissenschaftler und Techniker, ihre Forscher, ihre Ärzte und Schriftsteller, kurz: ihre Eliten wären dageblieben. Sachsen hätte es von Anfang an gut mit den westdeutschen Ländern aufnehmen können. Heute würde es zu den erfolgreichsten Ländern in Deutschland zählen. Berlin und andere Regionen in Ostdeutschland nicht minder. Die Menschen dort hätten sich genauso ins Zeug gelegt wie ihre »Brüder und Schwestern« in Westdeutschland.

Tatsächlich haben sich die Deutschen nach dem Krieg auch

im Osten ins Zeug gelegt. Aber ihre Erfolge waren bescheiden. Das lag nicht an ihnen und den Lasten der Reparationen. Es lag an der Ordnung der zentralen Planwirtschaft, die ihnen von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgezwungen wurde. Es war eine falsche, eine unfreie Ordnung. In ihr konnten sich trotz aller Anstrengungen nur bescheidene Erfolge entwikkeln. Unzählige Menschen, die für den Aufbau dringend gebraucht wurden, verließen deshalb das Land. Sie zogen in »den Westen«. Indem sie sich dort eine neue Existenz aufbauten, halfen sie zugleich beim Aufbau Westdeutschlands. Es ist die politische und gesellschaftliche Gesamtordnung, die über den Erfolg oder Mißerfolg der Arbeit der Bürger, ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und Anstrengungen entscheidet.

Stimmt die Ordnung mit der Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und ihrem Streben überein, ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität zu entfalten, ihre Kinder zur Freiheit zu erziehen und gemäß ihren Möglichkeiten Verantwortung für sich, ihre Nächsten und die Gemeinschaft zu übernehmen, dann wird die Wirtschaft den Wohlstand des Landes mehren. Dann verfügt das Land über eine Ordnung, die auf der Freiheit der Bürger gründet. Diese gestalten ihre wirtschaftlichen Beziehungen untereinander im Rahmen einer Verkehrswirtschaft und deren Wettbewerbsordnung.

Die Gesamtordnung trägt dafür Sorge, daß die Wettbewerbsordnung nicht durch private Macht verfälscht wird. Nicht Laisser-faire, sondern wertgebundene Freiheit zu sichern ist ihre Aufgabe: Freiheit, die gebunden ist durch die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Solidarität. Unsere Verfassung bezeugt diese Bindung im Zusammenhang mit dem Schutz des Eigentums durch die Worte: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll auch dem Allgemeinwohl dienen. Was

aus historischen Gründen ausdrücklich für das Eigentumsrecht festgestellt wird, gilt als Grundsatz für alle Rechte und die gewährten Autonomien. So gestaltet die Ordnung das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenwirken der Bürger in der Achtung vor der Freiheit, auf daß sie allen drei Werten diene: der Freiheit als dem höchsten Wert des Menschen, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Verlangt die Ordnung dagegen durch Befehl und Gehorsam die Subordination der Bürger unter einen zentralen Plan, nach dem sich alles Wirtschaften zu richten hat, und weist sie der Freiheit allenfalls einen schmalen, peripheren, jederzeit widerruflichen Raum zu, dann können die Bürger in ihr nicht die gleiche Kreativität und Phantasie, die gleiche Vielfalt und die gleichen Leistungen entfalten wie in der Ordnung der Freiheit. Denn die Ordnung der Unfreiheit erfaßt alle Lebensbereiche der Menschen. Keiner ist vor den befehlenden, kontrollierenden und unterdrückenden Zugriffen des Staates geschützt. Selbst große Anstrengungen können die Unzulänglichkeiten und Widersprüche des Planes nicht überwinden. Auch hier wird deshalb improvisiert, entstehen Tauschmärkte von anspruchsvoller Komplexität, stille Verweigerungen und Spaltungen zwischen dem kleinen privaten Bereich und öffentlichem Handeln. Kurz: Es ist eine Ordnung, welche die Menschen korrumpiert und sie einer Macht unterwirft, die weder durch das Recht noch durch die Grundwerte noch durch den Willen des Volkes gebunden ist. Ein Land, das eine solche Ordnung hat, fällt zurück. Es verarmt.

Wesentlich ist nun: Die Grundwerte, auf denen die Ordnung des Ganzen beruht, sind nicht teilbar. Die Ordnung der Unfreiheit wird ihren Gesetzen folgen und jede Forderung nach Freiheit bekämpfen. Denn sie würde als Ganzes wider-

legt, wenn sie in Teilen Freiheit zuließe. Gorbatschow glaubte, man könne in der Wirtschaft Freiheit – wenn auch in Maßen – zulassen und die Herrschaft der Unfreiheit im übrigen gleichwohl erhalten. Er ist damit gescheitert – und mit ihm letztlich auch die Ordnung der Unfreiheit.

Gleiches gilt für die Freiheit. Auch sie muß die ganze Ordnung erfassen. Wenn wir Teilbereiche nach anderen Gesetzen als denen der Freiheit gestalten, wird früher oder später die Freiheit des Ganzen bedroht. Denn zwischen Freiheit und Vormundschaft kann es in der Ordnung des Ganzen keine Koexistenz geben. Die Vormundschaft wird immer bestrebt sein, sich zu Lasten der Freiheit auszudehnen. Wo immer der Versuch gemacht wird, durch einen Kompromiß den Bedürfnissen der Freiheit ebenso zu entsprechen wie denen nach staatlicher Planung aller wesentlichen Lebensverhältnisse, gerät die Gesamtordnung aus dem Gleichgewicht. Sie wird zunehmend widersprüchlich. Konkret: Eine Gesamtordnung, deren Wirtschaft prinzipiell marktwirtschaftlich und deren Sozialordnung prinzipiell planwirtschaftlich gestaltet wird, ist nicht gleichgewichtsfähig. Denn die beiden Ordnungsformen sind nicht miteinander vereinbar.

Diesen Widerspruch können wir auch nicht durch den Versuch überwinden, einen Kompromiß zwischen Verkehrswirtschaft und Planwirtschaft zu finden. Viele haben sich bis in die Gegenwart darum bemüht. Ihre Hoffnungen beruhen jedoch auf einem grundlegenden Irrtum hinsichtlich der Aufgaben, die mit der Lenkung einer vernetzten Volkswirtschaft verbunden sind. Ihre Komplexität ist so groß, daß die Wirkungen von Einzeleingriffen in das wirtschaftliche Geschehen nicht voraussehbar sind. Der Widerspruch, der durch unkoordinierte Eingriffe in unterschiedliche Teilbereiche ausgelöst

wird, pflanzt sich durch das ganze System der miteinander vernetzten Teilbereiche fort. Seine Symptome treten regelmäßig an Stellen der Gesamtwirtschaft zutage, an denen sie keiner erwartet. Deshalb werden sie in der Regel auch nicht als Folgen des ursprünglichen Widerspruchs erkannt. Sie lösen vielmehr neue Maßnahmen aus, die auf die Symptome zielen, ohne ihre Ursache zu kennen. Die neuen Eingriffe lösen weitere Widersprüche aus und so weiter.

Zwar ist jede einzelne Intervention geplant. Jede will ihren Lenkungserfolg erzielen. Aber keine kennt die Ziele der wachsenden Zahl anderer Eingriffe. Denn die Interventionen finden nicht im Rahmen einer Gesamtordnung oder eines einheitlichen Planes statt. In ihrer Summe führen sie vielmehr durch die ständige Zunahme ihrer Widersprüchlichkeit zu einer Verfälschung der Gesamtordnung und damit zu einem dauerhaften Ungleichgewicht. Sind die staatlichen Organe bereit, auch zugunsten gesellschaftlicher Gruppen in den Wirtschaftsablauf zu intervenieren, nehmen die Widersprüche weiter zu. Was entsteht, ist keine Ordnung, sondern eine Gemengelage von Verkehrswirtschaft und Planwirtschaft. Für die Beteiligten hat dies den Vorteil, daß niemand mehr für die resultierende Unübersichtlichkeit und die Widersprüche verantwortlich ist. Für den Bürger bedeutet es den Verlust von Freiheit.

Die Frage nach den Ursachen des Befundes, der uns beschäftigt, zielt nach alldem auf die Ordnung des Ganzen und seiner Teile. Was in diesem Zusammenhang so schiefgelaufen ist – darum geht es in diesem Buch ebenso wie um die Wege, auf denen wir die Ursachen der dauerhaften Ungleichgewichte und der Begrenzungskrisen überwinden können. Und darum, was geschehen muß, damit die Dinge wieder ins Lot kommen und die Ordnung wieder gleichgewichtsfähig wird.